

II. Arbeiterkammerwahlen und Wahlpolitik

1. VORARLBERGER KAMMERWAHLERGEBNISSE IM ÖSTERREICHISCHEN VERGLEICH

1949 fanden in Österreich erstmals in der Zweiten Republik Arbeiterkammerwahlen statt. Seit den letzten Wahlen im Jahre 1926 waren somit 23 Jahre vergangen, in denen auch in Vorarlberg gewaltige politische und wirtschaftliche Veränderungen stattgefunden hatten. Das Wahlverhalten einer Bevölkerung ist ein wichtiger Indikator dafür, inwieweit politische Bewußtseinsprozesse stattgefunden haben und zeigt auch regionale Sonderentwicklungen auf. Gerade Vorarlberg ist dafür ein gutes Beispiel sowohl in der Zweiten als auch bereits in der Ersten Republik.

Die Wirtschaftsstruktur Vorarlbergs vor dem Zweiten Weltkrieg zeigte innerhalb Österreichs besondere Merkmale.

1923 waren in Vorarlberg 48,8 % aller Berufstätigen in der Industrie und im Gewerbe beschäftigt. 1928 machte ihre Anzahl 28.032 Personen aus. Davon gehörten allein 12.853 Arbeiter zur Textilindustrie. Nur noch das Baugewerbe besaß mit 5.637 Beschäftigten, verursacht durch den Kraftwerkbau, eine annähernde Bedeutung im Vergleich mit der alles dominierenden Textilindustrie. 1936 betrug in Österreich der Prozentanteil der Industriearbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung 4,1 %, in Vorarlberg, bezogen auf die Landesbevölkerung, dagegen 8,1 %. Mit diesem Wert schlug Vorarlberg sogar Wien (5,5 %) und besaß damit die größte Industriedichte Österreichs.

Für die Wirtschaft Gesamtösterreichs spielte die Vorarlberger Textilindustrie eine bedeutende Rolle als Steuer- und Devisenbringer, erzeugte sie 1931 doch fast die Hälfte aller Baumwollgewebe und ein Viertel der Garne.¹

Der hohe Industrialisierungsgrad ließe theoretisch auf eine starke Einbindung der Arbeitnehmerschaft in ihren freiwilligen und gesetzlichen Vertretungen schließen, also in Gewerkschaften und Arbeiterkammer. Davon konnte jedoch keine Rede sein:

1929 besaß Vorarlberg mit 10.652 Mitgliedern die geringste Gewerkschaftsdichte innerhalb Österreichs, sogar das agrarische Burgenland besaß 15.272 Gewerkschaftsmitglieder. Einzigartig war außerdem die politische Machtverteilung der Gewerkschaften: 1929 dominierten die Christlichsozialen mit 48,1 %, die Freien Gewerkschaften der Sozialdemokraten besaßen 41,8 %. Im österreichischen Durchschnitt hatten die Christlichen Gewerkschaften dagegen nur 12 %, die Freien Gewerkschaften jedoch 82 %!²

Bei der engen Verknüpfung von Kammer und Gewerkschaften mußten sich solche Verhältnisse natürlich auch auf erstere auswirken. Die Kammerwahlergebnisse des Jahres 1926 sind ein augenscheinlicher Beweis dafür. Die Freien Gewerkschaften Vorarlbergs hatten mit 47,4 % der Stimmen (Österreich 78,8 %) das schlechteste Ergebnis aller Bundesländer erzielt, die Christlichen Gewerkschaften mit 42,5 % (Österreich 10,4 %) das beste. Mit ihren 16 Mandaten, zuzüglich der vier Mandate der Deutschvölkischen, hatte das „bürgerliche“ Lager somit gleichviel Mandatare wie die Sozialdemokraten.³

Die Vorarlberger Arbeiterkammer war daher weder eine Domäne der Sozialdemokraten, noch einer Gewerkschaft. Kompromißbereitschaft, Zusammenarbeit und Rückstellung parteipolitischer bzw. klassenkämpferischer Tendenzen kennzeichneten somit die Arbeit der Kammer.

Dabei war das politische Bewußtsein der Vorarlberger Arbeitnehmerschaft durchaus nicht gering. Nach Kärnten, mit 69,6 %, besaß Vorarlberg anlässlich der Kammerwahlen von

1926 mit 68,8 % den zweitgrößten Anteil gültiger Stimmen. Dies war vor allem den Freien Gewerkschaften zu verdanken, die bei Wahlen ihre Anhänger im weit höherem Grade zu mobilisieren vermochten als die Christlichsozialen. Diese waren jedoch stets die stärkste Partei. Bei den Nationalratswahlen des Jahres 1920 erhielten sie in Vorarlberg beispielsweise 59 % aller Wählerstimmen, die Sozialdemokraten lediglich 18,7 %.⁴ Vorarlbergs Arbeiterschaft war somit zu einem überwiegenden Teil „bürgerlich-konservativ“. Die Angestellten, was auch nach 1945 zutraf, standen jedoch nicht ausschließlich im Lager der Christlichsozialen. Etwa die Hälfte fand sich bei den Deutschvölkischen Gewerkschaften oder in der Großdeutschen Partei, ging später zu den Nationalsozialisten über und war nach 1945 bei den Parteilosen und der FPÖ zu finden.⁵

Prozentanteile und Stimmen der Angestellten 1926

	Freie Gewerksch.		Christl. Gewerksch.		Deutsche Gewerksch.	
Vorarlberg	433	22,7 %	767	40,3 %	704	37,4 %
Österreich		64,6 %		13,5 %		20,4 %

Die „Rettung“ der Sozialdemokraten in der Vorarlberger Kammer kam von den Verkehrsbediensteten, die ihnen mit 61,1 % der Stimmen dieses Wahlkörpers sieben Mandate brachten. Unter ihnen war die Gewerkschaftsdichte am größten, aber auch der Anteil jener, die nicht aus Vorarlberg stammten und aus Innerösterreich zugezogen waren.

Man konnte gespannt sein, wie sehr sich nach 23jähriger Unterbrechung mit den ersten Kammerwahlen 1949 Änderungen vollzogen hatten: Verglichen mit dem übrigen Österreich hatte die Vorarlberger Sozialistische Gewerkschaft mit 45,3 % der gültigen Stimmen immer noch den geringsten Wähleranteil (Österreich 64,4 %) und der ÖAAB mit 29,6 % den höchsten (Österreich 10,4 %). Doch gelang es den sozialistischen Gewerkschaften mit 20 Mandaten den ÖAAB der ÖVP mit nur 16 Mandaten klar zu schlagen.

Die ÖVP als „Nachfolgerin“ der Christlichsozialen hatte also gegenüber der Ersten Republik in Vorarlbergs Arbeiterkammer an Vertrauen und Einfluß verloren. Der große Gewinner war indes die Wählergruppe der Unabhängigen (WdU) mit 21 % (Österreich 7,9 %). Und erstmals traten in Vorarlberg auch die Kommunisten auf, welche mit 4,1 % aber deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 9,7 % lagen. Das relativ gute Abschneiden der WdU, besonders im Wahlkörper der Angestellten, war jedoch keine typische Vorarlberger Erscheinung. In Salzburg, Kärnten und Oberösterreich erzielten sie sogar deutlich höhere Prozentsätze.

Die Wahlen von 1949 ergaben jedoch noch kein repräsentatives Bild, obwohl die Wahlbeteiligung in Vorarlberg mit 68,3 % relativ hoch war, aber dennoch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 81,1 % lag. Es traten Schwierigkeiten bezüglich Wahlberechtigung, Erfassung der Wähler durch die Betriebe und vor allem durch den Umstand auf, daß nur zugelassene politische Parteien als wahlwerbende Gruppen auftreten und Kandidatenlisten bei den Kammern einreichen konnten. Was auf Betriebsebene als Persönlichkeitswahl ohne Parteiperspektive möglich war, wurde anlässlich der Kammerwahl 1949 verhindert und stärkte somit die profillose WdU.⁶

1950 hob der Verfassungsgerichtshof diese Einschränkung auf. Damit war es 1954 zum erstenmal möglich, daß auch „Parteilose“ kandidieren konnten. Bei der bekannten Partei- und Organisationsscheu der Vorarlberger, mit Ausnahme der Sozialisten, wirkte sich dieser Umstand entscheidend auf die Kammerverhältnisse aus – Stärkung der Sozialisten und Zersplitterung des bürgerlichen Lagers.⁷

Die Vorarlberger Wahlergebnisse von 1954 folgten dem österreichischen Trend: Sie

brachten eine klare Stärkung der SPÖ, aber auch ein Anwachsen von ÖVP-Wählerstimmen, dagegen einen rapiden Abstieg der WdU, deren Stimmen in Vorarlberg auch den „Neutralen“ zuflossen. Ihr Stimmenanteil mit 5,9 % lag aber immer noch über dem Bundesdurchschnitt.⁸

Hatten die Sozialisten gehofft, ihre Wählerschaft würde auch weiterhin zunehmen, so erlebten sie im Wahljahr 1959 eine erste Überraschung. Der ÖAAB konnte in allen Bundesländern, mit Ausnahme von Wien und Kärnten, wo die Mandatszahl unverändert blieb, neue Stimmen dazugewinnen. Rückläufig waren im Bundesdurchschnitt jedoch die KPÖ und die „Neutralen“ oder Parteifreien.⁹

Im gesamten gesehen änderte diese Wahl freilich kaum etwas an der Macht der sozialistischen Gewerkschaften in den österreichischen Kammern, mit Ausnahme in Vorarlberg, wo solche bundesweiten Verschiebungen immer viel stärkere Auswirkungen zeigten. Es wurde hier, wo die Anzahl der gültigen Stimmen auf das bisherige Rekordminimum von 47,7 % fiel, ein neues Phänomen klar ersichtlich: Das Desinteresse von Kammerwählern war nicht nur, wie bisher, im „bürgerlichen“ Lager zu finden, sondern machte sich auch drastisch bei sozialistischen Wählern bemerkbar und besonders deutlich bei den bisherigen Stammwählern – der Arbeiterschaft und den Verkehrsbediensteten. Dagegen wurden bei den Angestellten verstärkte Aktivitäten sichtbar.

Aber auch die FPÖ hatte sich aus ihrer Schlappe erholt und war von drei auf fünf Mandate angewachsen. Die Kooperation der Parteifreien in Vorarlbergs Kammer mit den Sozialisten hatte zur Folge, daß sie nach Salzburg die größte Schlappe erlitten und kein Mandat mehr erhielten.¹⁰

Innerhalb der Fraktion der Arbeiter besaßen die Vorarlberger Sozialisten nur mehr eine hauchdünne Mehrheit von 50,08 % und waren daher umsomehr auf die von 4,5 % (1954) auf 3,5 % (1959) dezimierten Kommunisten angewiesen.

Die Wahlen von 1964 brachten in Vorarlberg eine unerwartete Überraschung, und erstmals folgte das Land nicht ganz dem Bundestrend. Während bundesdurchschnittlich die Wahlbeteiligung und der sozialistische Stimmenanteil sanken, wurden in Vorarlberg die umgekehrten Verhältnisse sichtbar. Der neuerliche Aufschwung der Sozialisten war diesmal den Kommunisten und Parteifreien zu verdanken, die zu einem nicht geringen Teil zu den sozialistischen Wählern abgewandert waren. Vorarlberg war daher neben Salzburg und Tirol das dritte Bundesland, in dem die Kommunisten kein Mandat mehr erringen konnten; im Burgenland hatten sie ein solches bereits 1959 verloren.¹¹

Auch 1969 hielt in Vorarlberg das vom Bundesdurchschnitt und von den meisten Bundesländern, mit Ausnahme von Salzburg, abweichende Wahlverhalten an. Hatten im Bundesdurchschnitt SPÖ, ÖVP und FPÖ Stimmengewinne erzielt, nahmen in Vorarlberg die ersten beiden Parteien an Stimmen ab. Wie schon 1964 spielten die Freiheitlichen als dritte Kraft in Vorarlberg und Salzburg die größte Rolle unter allen Bundesländern und überschritten deutlich die 10 %-Grenze. Einzig in Vorarlberg konnten die Parteifreien ihren Stimmenanteil erhöhen, ohne jedoch ein Mandat zu erreichen.

Nun erfolgte aber die große österreichische Sensation. Obwohl die ÖVP Stimmen verloren hatte, stellte sie, da sie mit den siegreichen Freiheitlichen zusammenarbeitete, erstmals in Österreich einen Kammerpräsidenten.¹²

Die günstige wirtschaftliche Entwicklung in den 70er Jahren hatte bewirkt, daß die Anzahl der Wahlberechtigten in Österreich von 1969 bis 1974 um 15,2 % gestiegen war. Die relativ höchste Zunahme mit +32,7 % hatte dabei Vorarlberg zu verzeichnen. Die Zahl der wahlberechtigten Angestellten war bundesweit am stärksten angewachsen, die der Arbeiter stieg nur um 7,3 %, im Wahlkörper der Verkehrsbediensteten hielten sich die Veränderungen in engen Grenzen.

Die Fraktion sozialistischer Gewerkschafter konnte im Wahljahr 1974 in Österreich und Vorarlberg zwar einen Zuwachs an Stimmen erreichen, der jedoch in Anbetracht der Erhöhung aller Wahlberechtigten zur Erhaltung des bisherigen prozentuellen Stimmenanteils nicht mehr ausreichte. Ihr Rückgang um 4,6 % führte in Österreich zum Verlust von 29 Mandaten. Die stärksten Auswirkungen hatten dabei die sozialistischen Mandatsverluste in Vorarlberg und Tirol. Der ÖAAB gewann in Vorarlberg von den Sozialisten drei und von der FPÖ vier Mandate und verfügte somit stimmen- und mandatsmäßig erstmals über die absolute Mehrheit. Da der Tiroler ÖAAB neun Mandate dazugewann, besaßen hier die Sozialisten nur mehr die relative Stimmenmehrheit.

Bei den Wahlen von 1979 wiederholte sich eigentlich nur der Trend von 1974, wobei die bundesweite Zunahme der ÖAAB-Mandate von 239 auf 252 zu einem bedeutenden Teil Vorarlberg zu verdanken war. Die Vorarlberger ÖVP konnte nämlich von 1974 bis 1979 ihren Mandatanteil von 27 auf 34 erhöhen! Daß die Angestellten traditionell der ÖVP bzw. FPÖ zuneigten, war nichts ungewöhnliches. Die Stärke der ÖVP in der Kammer, und das war und ist die große Vorarlberger Eigenheit, geht seit 1964 jedoch auf die Abkehr der Arbeiter von den sozialistischen Gewerkschaften zurück. Dabei spielten die jugoslawischen und türkischen Gastarbeiter eine nicht unbedeutende Rolle. Es darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß in Vorarlberg zwischen 1974 und 1979, entgegen den Verhältnissen im übrigen Österreich (mit Ausnahme Burgenlands), die Zahl der wahlberechtigten Arbeiter anstieg – von 47.402 auf 50.149.

Relativ am stärksten wuchs nach Burgenland (mit 31,8 %) in Vorarlberg mit 26,4 % die Anzahl der wahlberechtigten Angestellten an, die außerdem die dritthöchste Stimmbeteiligung innerhalb Österreichs aufwiesen. Ein Rekordprozentsatz von 72,4 hatte sich 1979 dem ÖAAB zugewandt. In Tirol waren es 59,9 % und in Niederösterreich 47,2 %.¹³

Mandatsverteilung der Wahlkörper in der Vorarlberger Arbeiterkammer¹⁴

	Arbeiter					Angestellte					Verkehrsbedienstete					Summe				
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	PL	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	PL**	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	PL	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	PL
1949	17	10	7	1	—	2	4	3	—	—	3	1	—	—	—	22	15	10	1	—
1954	20	12	2	1	2	2	5	1	—	1	3	1	—	—	—	25	18	3	3	1
1959	19	14	3	1	—	2	5	2	—	—	3	1	—	—	—	24	20	5	1	—
1964	21	12	3	—	—	3	7	1	—	—	2	1	—	—	—	26	20	4	—	—
1969	19	11	4	—	—	3	8	2	—	—	2	1	—	—	—	24	20	6	—	—
1974	16	15	1	—	—	4	11	1	—	—	1	1	—	—	—	21	27	2	—	—
1979	10	18	—	—	—	4	15	1	—	—	1	1	—	—	—	15	34	1	—	—
1984	13	12	1	—	—	5	16	1	—	—	1	1	—	—	—	19	29	2	—	—

* (Linksblock)

** (PL = Parteilose)

Prozentueller Stimmanteil der Gewerkschaftsfraktionen in Vorarlberg und im österreichischen Durchschnitt

		Sozialistische Gewerkschafter	ÖAAB	Freiheitliche Arbeitnehmer	Gewerkschaftl. Linksblock (KPÖ) ⁴	Gewerkschaftl. Einheit	Parteifreie Liste (Neutrale)
1926	V	47,4 ¹	42,5 ²	10,1 ³	—	—	—
	Ö	78,8	16,4	—	—	2,8	0,2
1949	V	45,3	29,6	21,0 ⁵	—	—	—
	Ö	64,4	14,2	—	—	9,7	—
1954	V	48,8	34,0	7,6	—	—	5,9
	Ö	68,6	16,0	2,5	—	9,9	3,0
1959	V	44,2	39,9	10,3	—	—	2,9
	Ö	68,4	18,6	3,7	—	6,6	2,7
1964	V	46,3	39,7	10,6	—	—	1,5
	Ö	66,4	21,4	3,6	—	6,7	1,9
1969	V	45,7	38,5	12,7	0,0	—	1,9
	Ö	68,0	23,5	5,0	0,0	2,6	0,9
1974	V	37,7	54,2	7,1	—	—	—
	Ö	63,4	29,1	4,6	2,4	0,3	—
1979	V	30,1	64,9	4,5	—	—	—
	Ö	64,3	31,0	3,2	1,2	0,3	—
1984	V	38,3	56,4	4,9	—	—	—

¹ Freie Gewerkschaften

² Christliche Gewerkschaften

³ Deutschvölkische Gewerkschaften

⁴ Kommunisten

⁵ Wählergruppen der Unabhängigen und Parteilosen, 1949 VdU

V = Vorarlberg

Ö = Österreich

Gültige Stimmen in % der Wahlberechtigten in Vorarlberg und Österreich

Jahr	Vorarlberg	Österreich
1984	62,4	61,1
1979	60,5	64,4
1974	62,2	62,4
1969	52,9	63,3
1964	60,7	65,3
1959	47,7	72,5
1954	56,1	81,1
1949	68,3	66,2
1926	68,8	

Stimmbeteiligung der Wahlkörper (abgegebene Stimmen) in %

Jahr	Arbeiter	Angestellte	Verkehrsbedienstete
1954	54,1	64,2	83,1
1959	44,3	57,9	79,0
1964	59,2	69,4	82,6
1969	48,7	60,0	80,5
1974	56,0	72,3	78,9
1979	54,5	68,6	70,3
1984	58,5	65,5	74,5

2. WAHLKAMPF UND KAMMERWAHLEN ZWISCHEN 1949–1984

Die ersten Arbeiterkammerwahlen im Oktober 1949

Für die Arbeiterkammer in Feldkirch war das Jahr 1949 von einschneidender Bedeutung. Erstmals seit 1926 sollten wieder Kammerwahlen durchgeführt werden, um damit einem Provisorium ein Ende zu bereiten, welches seit 1945 andauerte. Die vorläufige Verteilung der SPÖ- und ÖVP-Mandate nach dem ungefähren Verhältnis von 1926 widersprach auch „dem demokratischen Empfinden der Vorarlberger Arbeiter- und Angestelltenschaft“, gleichgültig, ob diese aus dem Lager der ÖVP oder SPÖ stammte. Vorteile hatten eigentlich nur die Kommunisten aus diesem Provisorium gezogen, da ihre fünf Mandate keineswegs dem Stärkeverhältnis ihrer Partei im Lande entsprachen.¹⁵

Trotzdem hatte die Kammer unter der Führung des sozialistischen Präsidenten Linder einen erfreulichen Aufschwung erlebt, der durch konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Kammervertretern der beiden Großparteien gekennzeichnet war. Die Vorarlberger ÖVP, welche vorhatte, die Mehrheit der SPÖ in der Kammer zu brechen, befand sich daher in einer etwas schwierigen Lage, wenn sie Wahlerfolge durch das Aufgreifen von Fehlern und Schwächen ihres linken „Kammergegners“ erzielen wollte. Außerdem hatte sie mit 20 Mandaten nur drei weniger als die Vertreter der SPÖ und mit dieser die allermeisten Beschlüsse einstimmig gefällt. Im Prinzip wollte der ÖAAB die „Tätigkeit und Erfolge“ der von Sozialisten gelenkten Kammer keineswegs schmälern und gab dies auch in der Wahlpropaganda offen zu.¹⁶

Schließlich hatten auch alle Kammerfraktionen den Beschluß gefaßt, Kammer und Gewerkschaftsbund würden nicht in den Wahlkampf eingreifen, von welchem man hoffte, er werde „fair und außerhalb der Betriebsstätten geführt werden“.¹⁷

Der Arbeiter- und Angestelltenbund der ÖVP (ÖAAB) warb daher vor allem mit den Verdiensten und Erfolgen der eigenen Landespartei, wobei ihm der Umstand zugutekam, daß nur 14 Tage vor der Kammerwahl Landtags- und Nationalratswahlen stattfanden. Man brauchte somit kaum getrennte Wahlwerbung zu machen und agierte aus einem Gefühl der Sicherheit eines zu erwartenden Sieges bei den Landtagswahlen. Die Kritik am „Kammergegner“ wurde daher auf Bundesebene verlegt und zeigte sich recht allgemein.

Dem ÖAAB ging es vor allem darum, die Angehörigen der Klein- und Mittelbetriebe zu den Wahlen zu führen, weil sie in ihnen Anhänger ihrer Partei vermuteten: „In ihnen konnte sich der marxistische Geist des klassenkämpferischen Sozialismus und Kommunismus noch keine Lorbeeren holen.“¹⁸

Überhaupt zeigten diese 1. Arbeiterkammerwahlen große organisatorische Mängel auf, und es war zu erwarten, daß darunter die Wahlbeteiligung leiden würde. Schuld daran besaß

jedoch primär nicht die Kammer, sondern das Ministerium für Soziale Verwaltung, das die Wahlordnung erstellt hatte.¹⁹

Auch die SPÖ betrieb vor den Landtags- und Nationalratswahlen am 9. November kaum öffentliche Werbung für die Kammerwahlen. Nur bei Betriebsrätekonferenzen kam das Thema zur Sprache und auch nur sehr allgemein, wenn etwa Präsident Linder bemerkte: „Denken Sie daran, daß von den Arbeitern und Angestellten ungeheure Opfer gebracht werden mußten, während die Herren der Wirtschaft unter dem Schutze der ÖVP sich vor den Opfern gedrückt haben! . . . Wenn uns von Seite der ÖVP der Vorwurf gemacht wird, daß wir die Schrittmacher für die Volksdemokratie sind, so steht fest, daß wir nie für eine Diktatur waren, daß wir für die Aufrechterhaltung der Verfassung und Demokratie zu kämpfen wissen.“²⁰

Der Vorwurf gegenüber der ÖVP, sie sei in gewisser Hinsicht Nachfolgepartei jener Christlichsozialen, die 1933/34 den autoritären Ständestaat mitgeholfen hätten aufzubauen, war in den ersten Nachkriegsjahren immer noch ein starker sozialistischer Propagandastrumpf.

Landeshauptmann Ulrich Ilg nahm in einer Wahlrede den Vorwurf auf und appellierte an die SPÖ, sie möge mit diesen ungerechtfertigten Vorwürfen aufhören und stattdessen zusammenarbeiten, um eine „neue Gefahr“ abzuwenden – gemeint war das Auftreten des VdU oder der WdU, dem man zwischen den Zeilen nazistische Gesinnung vorwarf. Außerdem sollten die Sozialisten den Mut haben, gemachte Fehler einzubekennen, dann müßten sie „zugeben, daß sie durch ihr kommunistenähnliches Verhalten von damals an jener Entwicklung nicht ganz unschuldig gewesen sind. Die damalige Parole von der Diktatur des Proletariates ist jedenfalls nicht von bürgerlicher Seite ausgegeben worden“.²¹ Wenn auch die ÖVP-Presse in Vorarlberg immer wieder Kommunismus mit Sozialismus in einen Topf warf, so war es gerade das Jahr 1949, das klar und deutlich zum Ausdruck bringen sollte, daß sich die Sozialisten von einer solchen „Vermischung“ schärfstens distanzieren. Anlaß war der aus den Reihen der „Revolutionären Sozialisten“ hervorgegangene Zentralsekretär Erwin Scharf. Dieser forderte die Forcierung des Klassenkampfes und Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten. Scharf und seine Gesinnungsfreunde wurden aus der SPÖ ausgeschlossen.

Die „Abtrünnigen“ hatten auch in Vorarlberg einen Führer gefunden, es war Walter Herzberger, ein, wie der sozialistische Vorarlberger Volkswille feststellte, „politisch unbeschriebenes Blatt“. Er wurde aber mit bisher kaum gekannter Schärfe angegriffen, hatte man doch vor einer Spaltung der Sozialistischen Partei Angst und davor, daß ein teilweises Zusammengehen radikaler Sozialisten mit den Kommunisten großen Schaden bringen könnte – und all das nur wenige Wochen vor den Wahlgängen.

Mit Zweckoptimismus griff die SPÖ daher den „radikalen Lautsprecher“ und „fast krankhaften Ehrgeizling“ an: „Der Hinauswurf Herzbergers und Konsorten wird der Parteiorganisation und der Arbeiterbewegung zum Nutzen sein . . . Die Entfernung dieses Eitergeschwürs wird nur dazu angetan sein, die Einheit und Geschlossenheit unserer Organisation, den Kampfwillen und die Zuversicht aller aufrechten Sozialisten zu festigen.“²²

Und an die Adresse des Vorarlberger Volksblattes: „Nur Schwindler und Lügner können uns also verdächtigen, mit dem zu kooperieren, der unseren Untergang will . . .“²³

Am 19. September 1949 veröffentlichte der Vorarlberger Volkswille unter der Überschrift „der Linksblock“, einen programmatischen Leitartikel über die Einstellung zum Kommunismus. Damit hatte die SPÖ jede, auch wahltaktische Zusammenarbeit mit den Kommunisten bezüglich der Kammerwahlen aufgegeben, obwohl der Stimmenanteil der KPÖ unter Umständen entscheidend für spätere Machtverhältnisse in der Kammer sein konnte:

Sie (Anm.: die kommunistischen Wähler 1945) haben die Kommunisten, die bis zum Ende des Krieges nur eine bedeutungslose Sekte waren, im November 1945 noch nicht genau gekannt. Heute wissen sie, wer und was die Kommunisten sind: daß sie die Ausplünderung Österreichs und dem Menschenraub die Mauer machen, daß sie bereit sind, ganz Österreich zu verkaufen, um ihre Herrschaft etablieren zu können. Heute weiß man, daß die Kommunisten in einigen Nachbarländern Österreichs ein neues Gewaltregime mit Stacheldrahtvorhang und Minensperren an den Grenzen, mit neuen Staatspolizeien, neuen Konzentrationslagern, neuen Foltermethoden errichtet haben. Heute weiß man, daß die Ausdehnung des kommunistischen Regimes auf Österreich uns neuerlich Unfreiheit und Galgen brächte, die Auslieferung unserer Wirtschaft, die Herabdrückung unseres Lebensstandards, die Umwandlung Österreichs aus einem Industriestaat in einen Rohstofflieferanten für die Kriegsindustrien . . .²⁴

Die ÖVP Vorarlbergs hatte allen Grund, mit Stolz und Optimismus den Wahlen entgegenzugehen: Vorarlberg besaß innerhalb Österreichs die geringste Arbeitslosenziffer, hatte als erstes Bundesland mit einer systematischen Wohnbauförderung begonnen, besaß geordnete Finanzen und gute Verhältnisse in der Ernährungswirtschaft. Wo sie aber zweifellos versagt hatte und wo ihr das ideologische Prinzip des freien Marktes zum politischen Bumerang werden sollte, das war der Bereich der Preisentwicklung. Durch die Ablehnung der Bewirtschaftung von Konsumgütern wurde Vorarlberg zum teuersten Bundesland Österreichs.²⁵

Preisauftrieb schien der ÖVP im Hinblick auf die Wahlen aber nur ein kleines Übel, wenn sie nämlich an das Auftreten der Wählergruppe der Unabhängigen (WdU) dachte. Da man noch nicht wußte, wie sich diese Partei entwickeln würde, waren die Angriffe ihr gegenüber vorerst nur sporadisch. Doch über die in ihr vorhandenen nationalsozialistischen Strömungen sah man nicht hinweg.²⁶

Doch dann kam das Ergebnis der Landtags- und Nationalratswahlen vom 9. Oktober, welches auch den Wert der Arbeiterkammerwahlen vom 23. und 24. Oktober in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen mußte.

Gegenüber 1945 verfügte die ÖVP zwar noch über die absolute Mehrheit, ihr Stimmenanteil war aber von 70 % auf 54 % zurückgegangen. Dadurch verringerten sich ihre Abgeordneten im Landtag von 19 auf 16 und statt drei Abgeordneten zogen nur mehr zwei in den Nationalrat ein.

Der wirklich große Verlierer war in Vorarlberg die SPÖ. Statt sieben Abgeordneten gab es nur noch vier für den Landtag und für den Nationalrat ging sie leer aus.

Ursache an dieser Misere der beiden bisher stärksten Parteien war die erstmalige Kandidatur der Wählergruppe der Unabhängigen, die auf den ersten Anhieb über 22 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte und dadurch im Landtag mit sechs Abgeordneten vertreten war.²⁷

Der „Linksblock“ der Vorarlberger Kommunisten und Linksozialisten hatte sich relativ gut gehalten, wenngleich mit einem leichten Zuwachs nur 2,4 % der Stimmen erreicht.

Die Fronten waren somit in starke Bewegung geraten, wodurch auch die Kammerwahlen eine völlig neue politische Dimension erhielten.

Aus dem Ergebnis der Landtagswahlen war zu schließen, daß die größte Gefahr für eine Schwächung der ÖVP in der Kammer nicht von den Sozialisten sondern von der WdU kam. Sie wurde daher seitens der ÖVP mit aller Vehemenz bekämpft, was ebenfalls im Interesse der sozialistischen Gewerkschaften lag. Diese sahen nämlich in der WdU vor allem ein Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten. Zwischen den beiden Großparteien herrschte somit Burgfriede, um den gemeinsamen Wahlgegner niederhalten zu können.

Die Rechnung der ÖVP ging jedoch nicht auf und ihre heimlichen Befürchtungen bewahrheiteten sich. Die Kammerwahlen brachten folgende Mandatsverteilung: SPÖ 22, ÖVP 15, WdU 10 und Linksblock 1. Ähnlich wie im Landtag, war auch in der Kammer die Macht der WdU eine unumstößliche Realität geworden, mit der eine Zusammenarbeit gegen die Sozialisten vorerst aber einfach nicht möglich war. Diesen wurde daher trotz „bürgerlicher“ Mandatsmehrheit die Führung in der Kammer überlassen. In Vorarlberg ergab sich somit eine recht eigenartige Situation bezüglich der Verteilung der Mandate in der Kammer und im Landtag:²⁸

	Mandate		Prozente (Wählerstimmen)	
	AK	Landtag	AK	Landtag
ÖVP	18	16	36	56,4
SPÖ	25	4	50	19,1

Die Phalanx der SPÖ und ÖVP gegen ihre zu linken und zu rechten Gegner machte sich auch im Kammervorstand geltend, in den zwei Sozialisten und ein Vertreter der ÖVP einzogen. Die WdU und die Kommunisten mußten ihm fern bleiben. Obwohl es 1949 möglich gewesen wäre, einen „bürgerlichen“ Kammerpräsidenten zu stellen, wurde der Sozialist Anton Linder mit Hilfe der ÖVP erster gewählter Präsident.²⁹

„Vorarlberg zerstört den roten Spuk!“ (1954)³⁰

Als jedoch die Sozialisten innerhalb der Kammer eine parteipolitisch gefärbte Personalpolitik zu betreiben begannen und Dr. Ernst Haselwanter als Kammerbeamter und zugleich Spitzenkandidat der sozialistischen Angestellten Parteipolitik machte, erhob sich 1954 der Zorn der ÖVP anlässlich der Kammerwahlen in nie gekannter Heftigkeit gegen den „roten Präsidenten und sein Palladin“ (Haselwanter).³¹

Im Vorarlberger Volksblatt, der offiziellen Tageszeitung der ÖVP, begann ab dem 20. Oktober eine ständige und kräftige Kammerwahlwerbung gegen die SPÖ. Sie wurde angeheizt durch das Wahlergebnis der Landtagswahlen vom 17. Oktober 1954. Während die ÖVP auf dem Mandatsstand von 16, wie 1949, stehengeblieben war, gewann die SPÖ drei Mandate dazu, die sie eindeutig der WdU abgenommen hatte. Die SPÖ wurde mit sieben Mandaten im Landtag die zweitstärkste Partei.³²

Für die ÖVP zeichnete sich somit die Gefahr ab, daß die Sozialisten in der Kammer die absolute Mehrheit erlangen konnten. Die Folge war ein rasches Umdenken des ÖAAB gegenüber der einst stark angefeindeten WdU, die man als mögliche Koalitionspartnerin in Betracht ziehen mußte und deren einstige Wählerschaft man nicht mehr verärgern durfte, um sie nicht noch mehr ins Lager der Sozialisten abzudrängen.

1954 war die Situation für den ÖAAB gegenüber dem restlichen „bürgerlichen“ Lager aber nicht viel besser als 1949, da nun auch Parteilose und Neutrale Listen für die Kammerwahl aufstellen durften. Das Gespenst der „bürgerlichen“ Zersplitterung drohte daher von neuem. Während man jedoch die verunsicherten und „heimatlosen“ Parteilosen mit Glacehandschuhen behandelte, schoß man nun auf die SPÖ mit scharfen Geschützen: Sie betreibe in der Kammer eine „diktatorische“ Personalpolitik des Parteibuches³³, betrachte die Privatangestellten als „notwendiges Übel“³⁴ und strebe nach den Grundsätzen von Karl Marx auch weiterhin Kollektivismus, Gleichmacherei, Klassengeist, Klassenkampf und Klassenterror³⁵ an. Außerdem würden die beliebten Kammerbibliotheken mit sozialistischer Literatur infiltriert, und die „rote Domäne“ habe es bisher unterlassen, aus den reichlichen Kammerumlagen Wohnbauförderung zu betreiben.³⁶

Der Propagandafeldzug hatte jedoch nur einen teilweisen Erfolg für die ÖVP gebracht.

	Mandatsverteilung 1954 ³⁷				
	SPÖ	ÖVP	KPÖ	WdU	Parteilose
1949	22	15	1	10	–
1954	25	18	1	3	3

Dafür gab es mehrere Gründe. Von vielen wurde die plötzliche Aggressivität der ÖVP nicht ernst genommen, die in den vergangenen Jahren durchaus positiv mit der SPÖ in der Kammer zusammengearbeitet und mit ihr alle Beschlüsse einstimmig (!) gefaßt hatte.³⁸ Auch verlief die Kammertätigkeit zur allgemeinen Zufriedenheit, wobei der Konjunkturaufschwung ihre Effektivität stärkte. 1954 gab es keine Jugendarbeitslosigkeit mehr, und die Zahl der offenen Stellen war weit höher als die der Arbeitssuchenden, die Löhne stiegen konstant.

Die eigentliche Gefahr für die ÖVP drohte wiederum aus dem „bürgerlichen“ Lager selbst, diesmal von den Parteifreien oder Parteilosen, die anzugreifen, aus taktischen Gründen unterlassen wurde. Diese „harmlosen Weltverbesserer, Vereinsmeier oder sogar . . . kurzfristige Weltverbesserer“³⁹ erhielten jedoch eine nicht zu unterschätzende propagandistische Unterstützung durch die Vorarlberger Nachrichten, die damit genau jene Ziele verfolgten, die vorerst beide Großparteien ablehnten – nämlich eine Verringerung des Parteeinflusses auf die Arbeiterkammer und parteiunabhängige Betriebsräte. Am 1. Oktober 1959 traten die Vorarlberger Nachrichten erstmals offen für die Parteilosen ein. Sie berichteten ausführlich über die Tagung der parteilosen Betriebsräte, die sich von keinem Parteisekretariat kontrollieren lassen wollten, und für die Parteidogmen in „Standesbelangen der Arbeitnehmer heute keinen Wert mehr hätten“. Sie wünschten und bejahten Gewerkschaftsarbeit, aber ohne Rückhalt irgendeiner Partei.⁴⁰

Was für die sozialistischen Gewerkschafter der Anfang vom Ende war, die Trennung des Zusammenhangs von Partei, Gewerkschaften und Betriebsräten, was individualistischen Betriebsratsegoismus Tür und Tor öffneten, was die überbetriebliche Arbeitersolidarität zerbrach und letztlich nur den Interessen des Unternehmers dienen würde, dafür setzten sich die Vorarlberger Nachrichten ein. Es ging um die eminent wichtige Frage, was entscheidender war, die Identifikation des Arbeiters mit seinem Betrieb – sicherlich das Erfolgskonzept vieler Vorarlberger Industrieunternehmen – oder mit den Organisationen seiner Standesvertretung. Es ging auch um die Auseinandersetzung zwischen „Heimatliebe“ und „Internationalismus“, wenn die Vorarlberger Nachrichten schrieben: „Die meisten Arbeitnehmer, auch in Vorarlberg, haben eine Heimatliebe. Sie sind stolz auf die Leistungen der Industrie und des Gewerbes, sie sind stolz auf den Namen ihrer Firma, die mit den Waren in die Welt hinausgeht. Sie empfinden also auch eine auf dem Boden der Betriebe wirksame Heimatliebe.“⁴¹

Durch die Stärkung der Kammern erhofften sich die Vorarlberger Nachrichten aber auch eine Schwächung der Gewerkschaften, zumal die Möglichkeit fehle, „sich sachlich, theoretisch, mit den Problemen der Arbeiterbewegung auseinanderzusetzen“. Außerdem verfügten sie über keinen entwickelten „Fachapparat“.⁴²

Es wurden damit Vorstellungen geäußert, welche in Vorarlberg eine spätere Entwicklung andeuteten, auf Kosten der sozialistischen Gewerkschaften gingen und innerhalb der Kammer nur dem ÖAAB Nutzen bringen konnten, zumal die Idee einer parteifreien Gewerkschaft nicht zu verwirklichen war und parteilose Kammerfunktionäre auf die Dauer zu wenig Effektivität und Durchsetzungsvermögen besaßen. Diese erhielten daher 1959 auch kein Mandat mehr.

Nach den guten Wahlergebnissen des Jahres 1954 für die Sozialisten in Landtag und Kammer erfolgte die Rechnung für die ÖVP, die ja den Wahlkampf gegen ihren einstigen

Verbündeten so hart und demagogisch geführt hatte. In der Vorstandssitzung vom 15. November 1954 fielen die Würfel: Die sozialistischen Gewerkschaften beschlossen, beide Vizepräsidenten aus ihren Reihen zu bestellen, wodurch der bisherige und einzige Vizepräsident der ÖVP, Josef Kraft, Abschied nehmen mußte.

Da am 8. Juni der erste Kammersekretär, Dr. Pontesegger, gestorben war, mußte ein neuer bestellt werden. Der ÖAAB konnte sich jedoch mit seinem Vorschlag, Adolf Monek, nicht durchsetzen, und die SPÖ entschied sich für den aus Graz stammenden Juristen ihrer Wahl, Dr. Karl Erschen.⁴³

Somit hatten sich die Sozialisten im Kammervorstand nicht an den in der Vorarlberger Landesregierung praktizierten Proporz gehalten, der, obwohl auf Grund der Vorarlberger Landesverfassung nicht notwendig, einem Sozialisten ein Landesratsmandat überließ.

In die drei existierenden Kammerräte entsandten die sozialistischen Gewerkschaften fünf und der ÖAAB vier Kammerräte. Im sozialpolitischen- und Bildungsausschuß stellten die Sozialisten den Obmann, im volkswirtschaftlichen Ausschuß der ÖAAB. Die Obmannstellvertreter wurden jeweils in umgekehrter Parteizugehörigkeit besetzt.⁴⁴

Mit Franz Michael Felder in den Wahlkampf (1959)

Obwohl die Arbeiterkammerführung nach den Wahlen von 1954 fest in den Händen der Sozialisten lag, traten diese nicht für einen Kollisionskurs ein, um ihre Vormacht zu demonstrieren. Sie suchten ganz bewußt pragmatische Zusammenarbeit mit der ÖVP, den politischen Konsens und den Kontakt zu allen Arbeiterkammermitgliedern, im weitesten Rahmen zu den Konsumenten, für die man sich immer mehr verantwortlich fühlte.

Gerade die geringe Wahlbeteiligung bei den vergangenen Wahlen hatte nämlich gezeigt, daß man auf dem besten Wege war, sich von der Arbeitnehmerschaft zu isolieren, was sowohl das Kammeransehen und vor allem die Notwendigkeit der Gewerkschaften in Frage stellen mußte. Die Wirtschaftsprosperität, welche die Bevölkerung immer mehr von den Bahnen des ideologischen Denkens auf jene des Wohlstandsdenkens lenkte, konnte gerade für freiwillige Kammerwahlen, die ohnedies ständig im Schatten von Landtagswahlen standen, schmerzliche Auswirkungen haben.

Es wirkte sich sicherlich auch auf die Kammer aus, wenn seit 1954 die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen um ein Sechstel, die Anzahl der Kraftfahrzeuge um das Zweieinhalbfache, die Fremdenziffer um ein Fünftel und der Stromumsatz der VKW um 60,9 % angestiegen waren. Ganz zu schweigen von der ungeheueren Wohnbautätigkeit.⁴⁵ Auch das geringe Interesse für die Betriebsratswahlen bewies, daß die Schuld dafür nicht nur bei den Unternehmern lag, sondern „nicht zuletzt an der Laxheit und Interesselosigkeit der Belegschaftsmitglieder und aus Angst davor, etwas für die Öffentlichkeit oder auch nur für die Mitarbeiter ihres Betriebes tun zu müssen“. So drückte sich 1959 jedenfalls der ehemalige christliche Gewerkschaftssekretär Josef Kraft aus.⁴⁶

In dieser für die Kammer schwierigen Situation entschloß sie sich 1957 zum großen Sprung nach vorne, der schon ein Jahr nach der Wahl in Ansätzen sichtbar wurde. Man setzte dort an, wo die Landesregierung bisher versagt hatte und wo die Bevölkerung recht empfindlich reagierte – in den Belangen der Preissituation. Da Vorarlberg das „teuerste“ Bundesland Österreichs war, griffen Arbeitnehmer zur Selbsthilfe und beschafften sich durch „Betriebsaktionen“ preislich günstige Waren. Trotz Proteststreik am 7. Oktober 1955 gegen ein von der Handelskammer gewünschtes Betriebsaktionen-Verbotsgesetz sprach sich auch die Landesregierung am 21. Dezember 1956 dafür aus.⁴⁷

Dies hatte eine von Kammer und Gewerkschaften über die gewerkschaftlichen Fraktionen hinweg organisierte Volksabstimmung – die erste in Österreich – zufolge. Der Erfolg der

beiden Arbeitnehmerorganisationen war überwältigend. Bei einer Stimmbeteiligung von 93,18 % sprachen sich 67,66 % gegen das Betriebsaktionen-Verbotsgesetz aus.⁴⁸

Die Kammer hatte durch diesen Erfolg nicht nur ihr öffentliches Ansehen gerettet, sondern stellte unter Beweis, daß sie auch der Landesregierung die Stirne zu bieten wagte und daß selbst treue ÖVP-Wähler, wenn es um ihre ureigensten Interessen ging, den Schulterschuß mit dem „Klassengegner“ vollzogen. Von einer Gegnerschaft konnte freilich in der Kammer keine Rede sein, da alle Aktionen zur Volksabstimmung einmütig zwischen ÖVP- und SPÖ-Gewerkschaften durchgeführt wurden.

Die SPÖ ihrerseits wußte diese Situation zu schätzen, was wenige Tage vor der Kammerwahl auch bei einer Michael-Felder-Gedenkfeier der Gewerkschaften im Festsaal der Arbeiterkammer von Feldkirch zum Ausdruck kam. Kein geringerer als Nationalratspräsident Franz Olah nahm die „österreichische Ehrung“ vor und zeigte die Tendenzen des Vorarlberger Wahlkampfes für die Kammer am 11. und 12. Oktober und für den Landtag am 18. Oktober auf: „Seine Ansprache vermied es, Klippen anzusteuern . . . Insofern versuchte Olahs Rede nicht nur ein glättendes Element zur Festrede zu bilden . . . Er (Felder) sei ein Vorkämpfer für uns alle gewesen, daher soll er auch nicht für eine Gruppe allein reklamiert werden . . .“⁴⁹

Da die Landtagswahlen nach den Kammerwahlen erfolgten, konzentrierten die Parteien ihre Werbung auf erstere. Der Vergleich zwischen dem Stimmanteil der Parteien bei den Kammer- bzw. Landtagswahlen zeigte ein interessantes Phänomen.⁵⁰

	1954			1959		
	Landtag	Kammer	Mandate	Landtag	Kammer	Mandate
ÖVP	57,9 %	34,0 %	18	54,7 %	39,9 %	20
SPÖ	25,9 %	48,8 %	25	29,3 %	44,2 %	24
FPÖ	13,7 %	7,6 %	3	14,9 %	10,3 %	5
KPÖ	2,3 %	3,6 %	1	1,0 %	2,8 %	1
Rest			3			

Während sowohl im Landtag und in der Kammer das Wahlverhalten bezüglich FPÖ und KPÖ ähnlich verlief, reagierten die Wähler bezüglich ÖVP und SPÖ unterschiedlich. Was die SPÖ im Landtag gewann, verlor sie in der Kammer. Umgekehrt war das Verhältnis bei der ÖVP.

Sicherlich flossen bei den Landtagswahlen Stimmen der KPÖ zur SPÖ, und hatte sich vor allem im Bezirk Bregenz der spektakuläre Übertritt des ÖVP-Mandatars Dr. Wilhelm Reichart zur FPÖ für die Volkspartei negativ ausgewirkt.⁵¹ Das etwas schlechtere Abschneiden der SPÖ in der Kammer konnte entweder mit dem geringeren Wahleifer ihrer Anhänger oder mit einem allgemeinen Trend zur ÖVP in Wirtschaftsfragen gedeutet werden. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß AK-Wahlen stets durch die ureigensten Erfahrungen der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz beeinflußt werden. Es zeigte sich aber auch, daß jüngere Wähler stärker zu fluktuieren begannen und nicht mehr einfach politische Familienleitbilder übernahmen.⁵²

Vielleicht waren gerade die Jungwähler vom Landtagswahlkampf abgestoßen worden, der wie nie zuvor einer „Papierschlacht“ gleichkam, jedoch keine neuen Methoden und Argumente brachte und heikle Fragen, wie Radio Vorarlberg und den Proporz in der öffentlichen Verwaltung, ausklammerte.⁵³

Gerade dort, wo keine Wahlpflicht bestand, konnte das Desinteresse der Arbeiterjugend spürbar werden, die, selbst dann, wenn sie zu den einstigen Stiefkindern der Konjunktur gehört hatte, jetzt am allgemeinen Aufschwung profitierte. Die SPÖ mußte erkennen, daß

mit Parolen des Klassenkampfes keine Stimmen mehr zu gewinnen waren. Vor allem aber innerhalb der sozialistischen Gewerkschaften mußte ein Umdenken einsetzen, wenn sie die Wahlergebnisse genauer unter die Lupe nahmen: Die Zahl der Wahlberechtigten bei den Verkehrsbediensteten, ihre treuesten Anhänger, vergrößerte sich nur mehr wenig, wogegen die Angestellten verhältnismäßig am stärksten anstiegen. Aus der Arbeiterschaft, der absolut größten Gruppe, mußte die ÖVP Zuwachs erhalten haben. Die Vorarlberger Nachrichten gaben dafür eine plausible Erklärung ab:⁵⁴

Wenn man im Land umschaut und die vielen Eigenheime kleiner Leute und die von Arbeitern gefahrenen Autos sieht, schlägt der Appell an die ‚Stiefkinder‘ nicht mehr recht ein. Heutzutage wird nicht nur der Reiche reicher, sondern auch der Arme bei Fleiß und Ausdauer wohlhabend. Die echte Kunst des Lebens besteht nicht darin, jenen zu beneiden, der es weiter gebracht hat, sondern den Wohlstand, der sich unleugbar rasch ausbreitet, dankbar zu würdigen und sich seiner zu erfreuen. Die reichsten und mächtigsten Männer in Österreich und bis auf zwei gar kleine Private, das sind jene 19 Manager, die Milliardenwerte der Kollektive, sei es der verstaatlichten Wirtschaft, sei es der Staatsbanken, der Arbeiterbank, der Bahn, der Post, des Gewerkschaftsbundes kontrollieren.

Die absolute Mehrheit der SPÖ (1964)

Am 27. und 28. September 1964 sollten die Arbeiterkammerwahlen; am 11. Oktober die Landtagswahlen stattfinden. Es war kaum anzunehmen, daß die ÖVP im Landtag ihre absolute Mehrheit einbüßen würde. Für den ÖAAB bot sich dennoch die Chance, daß die SPÖ, sollte sie bei den Kammerwahlen nur ein Mandat verlieren, selbst zusammen mit der KPÖ in die Minderheit gedrängt werden konnte und damit den Präsidenten verlor. Und gerade dieses Amt hatte eine ungewöhnliche Bedeutung erlangt, weil der Präsident im Zusammenhang mit mehrmaligen Kampf abstimmungen bei Stimmgleichheit für die eigene Partei, bzw. die sozialistischen Gewerkschaftsfraktionen entschieden hatte. Dies war zudem noch in einer sehr empfindlichen personalpolitischen Angelegenheit geschehen, als es um die Ernennung des Vorstandes und Aufsichtsrates der Vorarlberger Gebietskrankenkasse gegangen war.⁵⁵

Nicht weniger bedeutend, vor allem auf Bundesebene, mußte ein ÖVP-Kammerpräsident für den Arbeiterkammertag sein. Dieser setzte sich bisher sowohl im Vorstand als auch in der Hauptversammlung einzig aus sozialistischen Kammerräten zusammen, obwohl die übrigen „bürgerlichen“ Gewerkschaftsfraktionen zusammen nicht ganz ein Drittel der Anzahl sozialistischer Räte besaßen.⁵⁶ Die Wahlwerbung der Parteien lief daher bereits anfang September auf Hochtouren, wobei beide Wahlen innigst verknüpft wurden. Die Großparteien gaben sich betont alemannisch – die SPÖ mit einem „Programm für Vorarlberg“ und die ÖVP mit einem Aktionsprogramm „Für Vorarlbergs Zukunft“.⁵⁷

Es waren vor allem zwei Zielgruppen vorhanden, die man anzusprechen suchte und von denen man sich eine Entscheidung erhoffte – die Jungwähler und die im Zusammenhang mit der Hochkonjunktur zugewanderten Innerösterreicher.

Die sozialistischen Gewerkschafter verzichteten nicht darauf, auf die Animositäten gewisser angestammter Vorarlberger gegenüber den „Zugewanderten“ hinzuweisen, was das Vorarlberger Volksblatt dazu veranlaßte, wiederholt die „harmonische Gemeinschaft von Alemannen und Innerösterreicher, denen Schaffensfreude und Fleiß gemeinsam sind“, zu beschwören.⁵⁸

Sämtliche Parteien sprachen sich für eine faire Wahlwerbung aus⁵⁹ und argumentierten sachlich. An den unbestreitbaren Verdiensten der von der SPÖ geführten Kammer gab es daher nicht viel Kritikmöglichkeiten. Was aber der ÖAAB angriff, war einmal der

Umstand, daß auf der sozialistischen Kandidatenliste drei Angestellte des ÖGB und einer der Kammer aufschienen – Ausdruck der Ämterakkumulierung und Bürokratisierung.⁶⁰ Was außerdem nicht gefiel, war die 127 Seiten starke Jubiläumsschrift der Kammer „1946–1963“. Sie stelle für den sozialistischen Präsidenten, LAbg. Karl Graf, dem man „Personenkult“ vorwarf und ein „überflüssiges Graf-Buch“ nur eine Wahlwerbung dar.⁶¹ Aber das waren vergleichsweise Bagatellfälle. Aufgrund der immer noch mangelhaften Wahlordnung konnten nämlich nur 86 % aller umlagepflichtigen Kammermitglieder erfaßt werden, wodurch rund 9000 Personen nicht an der Wahl teilnahmen. Da es sich bei diesen vor allem um Beschäftigte in Kleinbetrieben handelte, mit geringer Gewerkschaftsdichte und wenig oder keinen Betriebsaktivitäten, konnte sich ein solcher Umstand für den ÖAAB negativ auswirken.⁶²

Genugtuung dagegen bereitete der ÖVP der schwelende Konflikt der SPÖ mit dem Exminister und früheren ÖGB-Präsidenten Franz Olah, dem von seiner eigenen Partei finanzielle Transaktionen und Eigenmächtigkeiten vorgeworfen wurden.

Aber die Uhren im Westen Österreichs, in Tirol und Vorarlberg, liefen wieder einmal anders. Entgegen dem Bundestrend – Abnahme der SPÖ um 2 % und Zunahme des ÖAAB um 2,8 % – gewannen die sozialistischen Gewerkschaften in Vorarlberg zwei Mandate dazu. Sie gewannen jenes der KPÖ, die von nun an in der Kammervollversammlung nicht mehr vertreten war, wodurch die SPÖ in Zukunft von dieser „marxistischen Last“ befreit war. Die SPÖ war mit ihrer absoluten Mehrheit an Mandaten „bürgerlicher“ geworden und konnte ihre Position, trotz Olah-Affäre, auch bei den Landtagswahlen halten, während die ÖVP ein Mandat an die FPÖ verlor.⁶³

Es war 1964 deutlich geworden, daß die ÖVP Vorarlbergs an Verschleißerscheinungen litt und der Generationenwechsel Ulrich Ilg – Dr. Herbert Keßler notwendig geworden war. Keßler als Landesparteiobmann der ÖVP hatte die Bedeutung neuer industrieller Arbeitnehmerschichten mit gewandelten politischen Bedürfnissen erkannt.⁶⁴

Die Vorarlberger SPÖ hatte sich mit Erfolg und Glaubwürdigkeit zu einer „heimatverbundenen“ und nicht mehr wienhörigen Partei entwickelt und auch alte, ihr entgegengebrachte Vorurteile abzustreifen vermocht. Gerade die unter dem sozialistischen Kammerpräsidenten Graf zustandegekommene Volksabstimmung von 1957 und das Volksbegehren von 1962 zur Novellierung des Grundverkehrsgesetzes waren schlagende Beweise für Basisdemokratie und föderalistischen Geist. In dieses Hoch drang jedoch unerwartet das Sturmtief der Fußachaffäre ein, welche auf Landesebene die Hoffnungen der SPÖ auf Jahre begrub.

Trotz Stimmenverlusten des ÖAAB Jäger zum Sieg (1969)

Nach den Ereignissen im Zusammenhang mit der verhinderten Schiffstaufer von Fußach am 21. November 1964 und der Abfuhr, die der sozialistische Verkehrsminister Otto Probst und mit ihm der österreichische Staatenzentralismus in Vorarlberg erfahren hatten, hoffte der ÖAAB beruhigt den Kammerwahlen 1969 entgegensehen zu können.⁶⁵

Dem ÖAAB in Vorarlberg mußten aber eigentlich auch die Dezember-Novelle zum Arbeiterkammergesetz 1968 und die im März 1969 erlassene neue Wahlordnung zugute kommen, die den Wahlberechtigten die Stimmenabgabe wesentlich erleichterten: Einmal wurde der amtliche Stimmzettel eingeführt, dann war es nun gesetzliche Pflicht, den Arbeitnehmern die erforderliche Wahlzeit einzuräumen. Außerdem wurden verbesserte Wahllokalstandorte geschaffen. Es erfolgte dann in allen Länderkammern eine weitere Aufstockung der Mandatszahl des Wahlkörpers der Angestellten bei gleichzeitiger Verringerung der Arbeitermandate, was den veränderten Strukturen in den österreichischen Arbeiterkammern entsprach.⁶⁶

Die ÖVP veranstaltete keinen bemerkenswerten Arbeiterkammer-Wahlkampf. Aber auch die SPÖ verhielt sich ruhig und diszipliniert. Sie wollte nichts weniger, als den Gegner durch provokante Wahlwerbung in Konkurrenzstimmung zu versetzen und seine Sympathisanten dadurch zu einer höheren Wahlbeteiligung zu bewegen, die im „bürgerlichen“ Lager traditionell niedriger war. Die Vorarlberger Nachrichten bezeichneten daher den Wahlgang als „den am wenigsten zugkräftigen . . . den es je gab“.⁶⁷

Und in der Tat, trotz Zunahme der erfaßten Wahlberechtigten um 4.809 Personen sank die Anzahl der gültigen Stimmen von 60,7 % im Jahre 1964 auf 52,9 %. Außerdem waren die Hoffnungen beider Großparteien nicht in Erfüllung gegangen, da sie Stimmen verloren. Während der ÖAAB gerade noch seinen alten Stand von 20 Mandaten halten konnte, verloren die sozialistischen Gewerkschaften zwei Mandate und damit die absolute Mehrheit. Der große Gewinner waren die Freiheitlichen, welche zu ihren vier ein weiteres Mandat dazugewannen. Somit besaß der ÖAAB mit Hilfe der Freiheitlichen die Möglichkeit, den Präsidenten zu stellen.⁶⁸

Abstimmungsergebnis in Prozenten (1969)

ÖVP	FPÖ	SPÖ	KPÖ
38,5 %	12,9 %	45,7 %	1,2 %

Doch Kammerpolitik wurde diesmal im Landhaus gemacht. Man wußte nämlich nicht, wie die Landtagswahlen am 19. Oktober ausgehen würden, und keine der politischen Gruppen in der Kammer wollte sich durch präjudizierendes Verhalten bei Kammerpositionen den Einfluß in der Landesregierung schmälern. Der FPÖ und SPÖ war es nämlich klar, daß ihre bisherigen Regierungsfunktionen bei einem neuerlichen Landtagssieg der ÖVP fraglich sein konnten. Die beiden Landesräte der SPÖ und FPÖ waren nämlich auf Grund der Vorarlberger Landesverfassung einzig einem ÖVP-Entgegenkommen zu verdanken und die Folge politischen Wohlverhaltens.

Kein Wunder daher, daß man sich mit der Bestellung des Kammerpräsidenten Zeit ließ und die Landtagswahlen abwartete. Aber auch hier zeigte sich ein ähnlicher Trend wie bei den Kammerwahlen. SPÖ und ÖVP verloren an Stimmen, letztere konnte mit 50,03 % gerade noch die absolute Mehrheit erhalten, die FPÖ war Wahlsieger.

Ergebnis der Landtagswahlen 1964 und 1969⁶⁹

	1964	1969
ÖVP	53,46 %	50,03 %
SPÖ	29,54 %	27,75 %
FPÖ	15,79 %	20,95 %

Die FPÖ war sich ihrer Stärke, zumindest in der Kammer, recht bewußt, hing es doch allein von ihr ab, ob die seit 1945 ununterbrochene sozialistische Führung zu Fall kam. Im Prinzip war man sich mit dem ÖAAB einig, doch lehnte die FPÖ den ÖVP-Kandidaten Jäger aus Bludenz ab und sprach sich für dessen Parteikollegen Alfons Stadelmann, Landtagsabgeordneter aus Dornbirn, aus. Da die vorerst starre Haltung der FPÖ negative Konsequenzen für deren Regierungsbeteiligung haben konnte, gab sie schließlich nach und entschied sich für einen Kompromiß:⁷⁰ Bertram Jäger wurde Kammerpräsident, der erste Österreicher aus dem Lager der ÖVP. Der Sozialist Heinrich Gassner mußte gehen.

Die Konsequenzen zeigten sich aber auch bei der Zusammensetzung des Vorstandes und der Führung der Ausschüsse. Der Vorstand umfaßte nun vier Angehörige des ÖAAB, vier

der sozialistischen Fraktion und einen der FPÖ. Außerdem stellte der ÖAAB den Vorsitzenden des wirtschaftspolitischen Ausschusses und des Bildungsausschusses. Die SPÖ führte den sozialpolitischen und verkehrspolitischen Ausschuß an, und die FPÖ leitete den Wohnbaudarlehensausschuß.⁷¹

Die sozialistischen Gewerkschafter verzichteten nicht gerne auf „ihren“ Präsidenten und argumentierten, daß die stärkste Fraktion bisher stets den Präsidenten gestellt habe. Man möge daher der „alten demokratischen Vorarlberger Tradition treu“ bleiben, so Landtagsabgeordneter Falschlunger, Obmann der Gewerkschaft der Eisenbahner und stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschafts-Landesexekutive am 3. November 1969 in der entscheidenden 65. Vollversammlung. Gassner, in dieser Sitzung noch Präsident, und seit dem Feber 1968 Vorsitzender der Landesexekutive, gab zu bedenken, daß von nun an die „erfolgreiche Zusammenarbeit“ zwischen Kammer und Gewerkschaft „gestört“ werde⁷², wobei ihn vor allem der Gewerkschafter Roman Heinz unterstützte.

Gerade dieses letztere Argument war nicht von der Hand zu weisen und beinhaltete unter Umständen eine Schwächung der Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmertum. Jäger hatte diese Gefahr auch erkannt und suchte daher mit den sozialistischen Gewerkschaftern keinen Konflikt. Zu seiner Antrittsrede beschwor er daher Loyalität und sachliche Zusammenarbeit:

„Viele werden sich nun die Frage stellen, wie es jetzt weitergehen wird. Was die Zusammenarbeit der Fraktionen betrifft, werde ich alles daran setzen, die bestehenden Differenzen, die Vorbehalte und Vorurteile abzubauen und mitzuhelfen, verständliche Verbitterungen vergessen zu lassen. Ich möchte daran erinnern, daß unsere Fraktion bei der letzten Präsidentenwahl auch nicht für den Präsidentschaftskandidaten der sozialistischen Fraktion gestimmt hat und daß gerade ich hart mit ihm ins Gericht gegangen bin, daß wir aber dann nach der demokratisch erfolgten Wahl loyal und sachlich auch mit dem von uns nicht gewählten Präsidenten und seiner Fraktion zusammengearbeitet haben.

In der praktischen Kammerarbeit werden wir bei Leibe nicht alles anders machen und auf den Kopf stellen. Die Aufgaben der Kammer sind im Gesetz vorgezeichnet, allerdings in einer Art, die einen weiten Spielraum läßt. Wir haben auch bisher die meisten Beschlüsse einstimmig gefaßt. Also besteht keine Veranlassung, alles zu ändern.“⁷³

„Kleine Nationalratswahl – alle blicken aufs Ländle“ (1974)

Die Zahl der Arbeiterkammerwähler betrug 1974 mit 81.360 Stimmberechtigten die Hälfte jener bei „allgemeinen“ Wahlen.⁷⁴ Somit konnten Kammerwahlergebnisse, was auch einige frühere Wahlen bestätigten, ein Barometer für die folgenden Landtagswahlen und ein Stimulans für diese sein. Es gab 1974 Gründe genug, den Arbeiterkammerwahlen aber auch jenen zum Landtag größte Aufmerksamkeit zu widmen:

Die Sozialisten, mit ihrer siegreichen Bundesregierung im Rücken, sahen durchaus Chancen, die absolute Mehrheit wieder zu erlangen, hatte doch der ÖAAB nur mit Hilfe einer FPÖ-Koalition die knappe Macht erreicht. Dann kamen die türkischen und vor allem jugoslawischen Gastarbeiter dazu, von denen eine eher sozialistische Haltung erwartet wurde. Außerdem mußte die neuerliche Veränderung der Mandatsverteilung bezüglich der drei Wahlkörper zugunsten der Angestellten – 1969:34:13:3, jetzt 32 Arbeiter zu 16 Angestellten und zwei Verkehrsbediensteten nicht unbedingt auf Kosten der sozialistischen Gewerkschaften gehen, hatte sich doch erwiesen, daß sozialistische Arbeiter, die in das Angestelltenverhältnis übertraten, ihr einstiges Wahlverhalten nicht änderten.

Nicht weniger stand beim ÖAAB auf dem Spiel, der aufs Ganze setzte und damit rechnete, daß bei einer Mobilisierung möglichst vieler Wähler aus dem ÖVP-Lager, trotz ungewisser

Haltung der Gastarbeiter, ein Sieg möglich sein mußte. Daher veranstaltete er eine bisher unbekannte Werbetätigkeit und verband die Kammerwahlen unauflösbar mit Landes- und Bundespolitik.

ÖAAB-Obmann Mock und Bertram Jäger koppelten ihre Wahlwerbung und bezeichneten die Vorarlberger Kammerwahl als österreichische Testwahl für oder gegen die sozialistische Bundesregierung, obwohl Vorarlberg nur 4,3 % der 1,9 Millionen Wahlberechtigten Arbeitnehmer Österreichs aufwies. In ihrem Selbstverständnis bezeichnete sich die ÖVP-geleitete Kammer als wichtiger Beitrag zur Aufweichung erstarrter Kammerstrukturen, als Anfang eines „lebendigen Entwicklungsprozesses“.⁷⁵ Würde von Vorarlberg, wie einst 1964, eine Welle der Erneuerung ausgehen? Auf jeden Fall: „Alle blickten aufs Ländle.“⁷⁶

Während die Vorarlberger Sozialisten auf die sozial- und familienpolitischen Leistungen der Bundesregierung verwiesen, begann der ÖAAB auf die Wunden der Steuererhöhungen und die „Verschwendungspolitik“ der Regierung zu verweisen.⁷⁷

Die ehrgeizigen Wahlprogramme aller drei Fraktionen zeigten aber keine großen Abweichungen voneinander. Solche gab es bezüglich der Arbeitszeit. Der ÖAAB sprach sich nämlich „zum jetzigen Zeitpunkt“ gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit aus.⁷⁸

Ein weiterer Unterschied zwischen den Fraktionen war die Haltung gegenüber dem Gastarbeiterwahlrecht. Die FPÖ hielt von Anfang bis zum bitteren Ende – war dies vielleicht eine der Ursachen für ihren Niedergang? – an ihrer Gegnerschaft fest. Ihr Motto lautete: „Sollen die Gastarbeiter künftig in Vorarlberg über unsere Vorarlberger Arbeitnehmer entscheiden?“⁷⁹

Dieser Slogan war nicht ganz unberechtigt! 32 der 50 Kammermandate entfielen nämlich auf den Wahlkörper der Arbeiter. Und in diesem waren die Gastarbeiter stark vertreten. Mock und Jäger gingen anfänglich mit den Freiheitlichen konform und argumentierten, den Gastarbeitern würde durch die Wahlbeteiligung „nicht Demokratie, sondern lediglich Manipulation geboten“.⁸⁰ Eine Umfrage habe ergeben, daß Gastarbeiter am Wahlrecht gar nicht interessiert seien. Jäger sprach daher vom „größten antidemokratischen Theater, das in der Zweiten Republik je abgespielt worden ist“ und plädierte vorerst für einen eigenen Wahlkörper.⁸¹

Der ÖAAB schwenkte jedoch um, als er erkannte, daß in Vorarlberg vor allem die Jugoslawen durchaus kein sozialistisches Stimmenpotential waren und daß Präsident Jäger unter ihnen den höchsten Bekanntheitsgrad besaß. Nicht zufällig setzte sich daher Alois Mock bei Außenminister Bielka-Karltreu gegen die Einschüchterungspraktiken des Jugoslawischen Konsulates in Feldkirch gegenüber „Jäger-T-Shirt“ tragenden Landsleuten zur Wehr.⁸²

Die Anstrengungen Jägers und des ÖAAB hatten sich gelohnt. Mit der zweithöchsten Wahlbeteiligung seit 1949 erlangte der ÖAAB einen triumphalen Sieg. Er erhielt statt bisher 20 27 Mandate. Die sozialistischen Gewerkschaften fielen von bisher 24 auf 21 und die FPÖ von 6 auf 2 Mandate zurück. Die absolute Mehrheit der ÖVP war gewiß.

Sicherlich war der Stimmenzuwachs des ÖAAB in allen Bundesländern für die ÖVP erfreulich. Aber das, was in Vorarlberg geschah und von dem Mock meinte, „das ist an Irrsinn“, war eben nicht Österreich und zum Großteil ein persönlicher Erfolg Bertram Jägers und eine Niederlage seines sozialistischen Rivalen Heinrich Gassner. Denn gerade in Bludenz, woher beide Wahlwerber stammten, konnte Jäger die meisten Stimmen gewinnen. Und das Umschwenken des ÖAAB zugunsten der Gastarbeiter hatte sich ebenfalls gelohnt. Die Arbeiter, die die Hälfte der Stimmen ausmachten und unter denen allein die Gastarbeiter zu suchen waren, mußten sich zum Großteil für den ÖAAB entschieden haben.

Wahlkörper der Arbeiter, Stimmenanteil in %

SPÖ		ÖVP		FPÖ	
1969	1974	1969	1974	1969	1974
54,0 %	47,1 %	31,9 %	46,3 %	11,1 %	5,7 %

Auch bei den Landtagswahlen vom 20. Oktober zeigte sich ein ähnliches Wahlverhalten. Die ÖVP gewann 6,9 %, die FPÖ verlor 7,1 %, die SPÖ blieb mit einem Verlust von 0,1 % konstant. Wie sehr die Sozialisten im Bezirk Bludenz aber zwischen der Person Jäger und der Landes-ÖVP unterschieden, bewies der Umstand, daß hier die Sozialisten bei den Landtagswahlen am besten abschnitten.⁸³

Die sozialistischen Gewerkschafter waren sich des Ansehens von Jäger auch im eigenen Lager bewußt und stimmten daher am 11. November für ihn als Präsidenten.⁸⁴

Von der Schlammschlacht zum Triumph (1979)

Auf der 12. Landeskonferenz des ÖGB am 8. Juni 1975 wurde Landtagsabgeordneter Karl Falschlunger in einer Kampfabstimmung anstelle Gassners zum neuen Vorsitzenden der Gewerkschaft gewählt. Er sollte gegen Jäger das neue Zugpferd der SPÖ werden. „Karle . . . der Eisenbahner-Proletarier . . . auch von seinen Feinden geliebt“⁸⁵, hatte, trotz seiner Popularität innerhalb der Gewerkschaften, keinen leichten Stand. Die Arbeiterkammer unter Jägers Führung besaß nämlich durch ihr breites Serviceangebot und durch aktives Vorgehen zugunsten der Arbeitnehmerschaft gegen manche Interessen der Landes-ÖVP große Popularität. Außerdem war die ÖAAB gelenkte Vorarlberger Kammer nicht dazu gezwungen, ständig die Politik der Bundesregierung zu decken oder zu verteidigen und konnte daher, wenn auch in bescheidenem Maße, eine Kontrollfunktion für sich in Anspruch nehmen. Jäger meinte dazu: „Damit die sozialistischen Bäume nicht in den Himmel schießen.“⁸⁶

Außerdem hatten die Vorarlberger, „das Schwarze Schaf Österreichs“, anlässlich der Nationalratswahlen am 6. Mai deutlich gezeigt, was sie von der sozialistischen Bundespolitik hielten. Entgegen dem triumphalen Erfolg von Kreisky verlor die SPÖ im Land über 2 %, was nicht zuletzt mit der Haltung dieser Partei zu Zwentendorf zusammenhing.⁸⁷

Falschlunger konnte aber mit Recht darauf hinweisen, daß in Vorarlbergs Industrie die Durchschnittslöhne auf den vorletzten Platz unter den österreichischen Bundesländern abgesunken waren, während die Lebenshaltungskosten weiterhin an der österreichischen Spitze lagen. Dagegen glaubte er ein lokales „Erfolgskonzept“ zu haben – den Abbau der Gastarbeiter. Durch Arbeitsverknappung würden dann die Löhne der Vorarlberger steigen. Das war freilich ein zweischneidiges Schwert – er verärgerte die Gastarbeiter und das Lager der Unternehmerschaft, kam aber sicherlich mancher „nationalen“ Einstellung entgegen.⁸⁸

Außerdem fand er beim Leiter des Landesarbeitsamtes, LAbg. Neururer Unterstützung. Die FPÖ hatte es mit ihrer Wahlwerbung schwer, verfügte sie doch seit den letzten Wahlen nur mehr über wenig Einfluß, besaß geringe finanzielle Mittel und wenig aktive Wahlwerber. Außerdem gab es wenig Möglichkeiten sich zu profilieren. Sie versuchte sich daher nur in grundsätzlichen und allgemeinen Fragen von ÖVP und SPÖ zu unterscheiden. So forderte sie die verfassungsrechtliche Verankerung des Rechtes auf Arbeit, den Vorrang der Person gegenüber der Institution, ein leistungsförderndes Steuersystem und die Weiterentwicklung des Arbeitsrechtes.⁸⁹

Was der Kammerwahl und bereits schon dem vorangegangenen Nationalrats-Wahlkampf eine neue Note gegeben hatte, war ein Artikel der sozialistischen Zeitung „Welt der Arbeit“, in welcher diskriminierende Äußerungen über Jägers Privatleben gemacht worden

waren, in der Absicht, den Präsidenten im „sauberen Ländle“ unmöglich zu machen. Nach Erscheinen der „Fakten“ herrschte zumindest anfänglich im Lager der Vorarlberger SPÖ „wohlwollende Duldung“ gegenüber den „Enthüllungen“, und nur der sozialistische Klubobmann Ernst Winder distanzierte sich deutlich. Doch der Schuß ging nach hinten ab: Die Vorarlberger ließen, wie sich noch zeigen sollte, von ihrem Politliebling Jäger nicht ab, ganz im Gegenteil!⁹⁰

Ungünstig für die Sozialisten erwies sich schließlich kurz vor der Wahl die Erklärung der SP-Kammerfraktion, die Wahlen anzufechten, da in die Wählerlisten Personen aufgenommen worden seien, die man nicht als Arbeitnehmer anzusehen habe.⁹¹ Da es sich aber nur um 105 Fälle in allen drei Wahlkörpern handelte, erreichten die sozialistischen Gewerkschafter geradezu das Gegenteil, eine Mobilisierung der Wählerschaft aus Unternehmerkreisen.

Obwohl die Wahlbeteiligung wieder rückläufig war, erfocht der ÖAAB mit Jäger einen geradezu einmaligen Erfolg. Jäger wurde damit zum „Kreisky auf Landesebene“. Von den abgegebenen Stimmen besaß der ÖAAB nun 64,9 % und insgesamt 34 der 50 Mandate. Die sozialistischen Gewerkschaften fielen von 21 auf 15 Mandate zurück und besaßen nur mehr 30,1 % der Stimmen. Zehn Jahre früher hatte ihr Anteil noch 45,7 % betragen.

Zu den bereits angedeuteten Ursachen für den „Erdrutsch“ kamen noch mehrere Gründe hinzu, wie eine Wahlanalyse zeigte: Die Gastarbeiter hatten sich wiederum mehrheitlich zugunsten Jägers ausgesprochen.⁹² Es scheint auch, daß sich die Vorarlberger Arbeitnehmerschaft innerhalb Österreichs am deutlichsten gegen die steuerliche Belastungspolitik der Bundesregierung zur Wehr setzte und die nicht offen parteiorientierte Tätigkeit der Kammer honorierte, wenn diese zusätzlich in Opposition zur Bundesregierung stand, zu einer Politik, die alten Vorarlberger Leitbildern durch zu hohe Steuern und Abgaben, Verschwendung, Verschuldung und Leistungshemmung zu Ungunsten individueller Aktivitäten widersprach.⁹³

Die sozialistischen Gewerkschaften als Wahlwerber mußten sich schließlich auch die Frage stellen, wie sehr das massive Eingreifen des Gewerkschaftsbundes zugunsten der SPÖ für diesen nicht eher von Schaden war. Gerade in Vorarlberg, mit seiner traditionell geringen Gewerkschaftsfreudigkeit, und einer Bevölkerung, die wenig von einer Politisierung der Arbeit durch Gewerkschaften wissen wollte, konnte die im übrigen Österreich normale Verknüpfung von Gewerkschaft und SPÖ Probleme aufwerfen.

Aufgrund der von der Gebietskrankenkasse zur Verfügung gestellten EDV-Anlage konnten die Wahlergebnisse von 1979 erstmals genauer analysiert werden. Sie bestätigten freilich bereits bekannte Erscheinungen, brachten aber auch klare Fakten ans Tageslicht, die für die Arbeit der einzelnen politischen Fraktionen aber auch für die allgemeine Kammertätigkeit von Bedeutung waren:⁹⁴

- Die Wahlbeteiligung bei den Arbeitern war mit 53,7 % am geringsten, bei den Angestellten mit 67,4 % überdurchschnittlich hoch, bei den Verkehrsbediensteten mit 77,6 % am höchsten.
- Da sich seit 1949 die Mandatszahl der Angestellten von 19 % auf 40 % der Kammerräte erhöhte, und die der Arbeiter von 73 % auf 56 % sank, beeinflussten die eher „bürgerlichen“ Angestellten entscheidend das Wahlergebnis zugunsten des ÖAAB und damit für Jäger.
- Der Rückgang der sozialistischen Fraktion war aber auch eine Folge ihres geringeren Zuspruchs aus ihren einstigen Domänen, den Betriebssprengeln der Großbetriebe, wo ihr Stimmanteil von 63,6 % (1974) auf 45,7 % (1979) sank.
- Durch ihre rege Wahlbeteiligung beeinflussten die türkischen und jugoslawischen Gastarbeiter trotz Rückgang ihre Anzahl auf 18,6 % der Wahlberechtigten das Wahler-

gebnis unverhältnismäßig stark, sodaß sie über die Vergabe von zehn Mandaten entschieden (nur acht Mandate wären ihnen bei ausgewogenem Wahlverhalten zugefallen).

- Nicht wahlentscheidend waren die die ÖAAB-Fraktion bevorzugenden „nahen Angehörigen von Unternehmern“. Ihre Zahl lag bei rund 3.200, womit sie über nur ein Mandat entschieden.
- Die stärkste Wahlbeteiligung unter den Österreichern wiesen die 50- bis 60jährigen auf. Am schwächsten war das Ergebnis bei den 18- bis 20jährigen mit nur 37,7 %.
- Der ÖAAB eroberte 1979 im Wahlkörper der Arbeiter zum ersten Mal die absolute Mehrheit.

Ein Wahlkampf ohne Milde (1984)

Am 8. und 9. April 1984 fanden in Österreich die letzten Arbeiterkammerwahlen statt. Der ÖAAB erhielt bundesweit einen Zuwachs von 5,7 %, und in Tirol stellte er erstmals einen Arbeiterkammerpräsidenten. Auch in Vorarlberg erhielt er neuerlich die absolute Mehrheit, mußte jedoch gegenüber dem Jahr 1979 beträchtliche Stimmenverluste an die Fraktion sozialistischer Gewerkschafter in Kauf nehmen, während die freiheitlichen Arbeitnehmer leichte Erfolge zu verzeichnen hatten.

Der neue Mandatsstand war folgender:

	insgesamt	ÖVP	SPÖ	FPÖ
Arbeiter	37	17	19	1
Angestellte	30	22	7	1
Verkehr	3	1	2	
Summen	70	40	28	2

Da der Gesamtmandatsstand von 50 auf 70 erhöht worden war, kann das Wahlergebnis nicht direkt mit jenem des Jahres 1979 verglichen werden. Es war jedoch offensichtlich, daß es den Sozialisten wieder gelungen war, ihre einstige Macht bei der Arbeiterschaft auszubauen und hier die absolute Mehrheit zu erringen, die 1979 verlorengegangen war. Die Ursachen für diese Verschiebung können teils objektiv erfaßt werden, unterlagen jedoch auch der Interpretation des jeweiligen Wahlwerbers.

- Die bislang höchste Wahlbeteiligung bei einer Vorarlberger Arbeiterkammerwahl mit 63,3 % ging auf eine besonders intensive Wahlwerbung bei der Arbeiterschaft zurück, was den Sozialisten Erfolge brachte.
- Auch hatten sich diesmal die Gastarbeiter wieder mehr der sozialistischen Fraktion zugewandt.
- Im traditionell „bürgerlichen“ ÖAAB-Lager der Angestellten war die Wahlbeteiligung um 3,7 % niedriger als 1979.
- Der Vorsitzende der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter, Landtagsvizepräsident Karl Falschlünger, deutete die Stimmengewinne seiner Partei als Verständnis der Arbeitnehmer für die „Sanierungsbemühungen der Bundesregierung in bezug auf unsere Wirtschaft“.
- Der neuerlich zum Präsident gewählte Bertram Jäger gab einen Teil der Schuld am Stimmenverlust des ÖAAB der „pauschalen Spektakel- und Skandalisierungspolitik“ seiner Gegner, die ihn als „Unternehmerknecht“ diskriminiert hätten, als einen, „der die Arbeiterkammer verkommen ließ und die Interessen der Arbeitnehmer verraten“ habe.

Der harte Wahlkampf mit den Angriffen der sozialistischen Gewerkschafter auf Jäger warf seine Schatten auch auf die Zeit nachher. Infragegestellt wurden die Sozialpartnerschaft, die Zusammenarbeit zwischen Kammer und sozialistischen Gewerkschaften und vor allem die finanzielle Unterstützung der in Vorarlberg ohnedies schwachen Gewerkschaften. Falschlunger wehrte sich dagegen, daß die Sozialisten die Kammer und Sozialpartnerschaft an sich angegriffen hätten, man habe sich lediglich gegen Präsident Jäger gewandt.

Eines war jedoch klar, daß sich nämlich die Fronten verhärtet hatten und nicht leicht abgebaut werden konnten, nach alledem was geschehen war.

Präsident Jäger drückte dies so aus:

„Wer meint, sechs Wochen Wahlkampf in dieser Art am Wahlabend einfach wegstecken und vergessen machen zu können, der begreift nicht oder will nicht begreifen, was sich in dieser Zeit alles getan hat. Man kann nicht jemand sechs Monate lang zum größten Gauner der Republik und zum schlimmsten Schädling der Arbeitnehmerschaft stempeln und ihm dann am Wahlabend wieder die Zusammenarbeit anbieten, als ob nichts gewesen wäre.“